Bericht über die Entwicklungen im Bereich der ausländischen Flüchtlinge

Aus dem Sozialbericht vom 05.04.2011

Die Zahl der ausländischen Flüchtlinge hängt von derart zahlreichen Faktoren ab, dass eine seriöse Prognose nahezu unmöglich ist. Ein analytischer Rückblick und die gleichzeitige Beobachtung der weltweiten gesamt-politischen Lage lassen bisweilen Tendenzen erkennen – mehr nicht....Derzeit leben in Gummersbach 126 Flüchtlinge, deren weiterer Aufenthalt noch nicht abschließend geklärt ist (Asylbewerber). Damit ist die, landesweit nach einem komplizierten Verteilungsschlüssel berechnete, Quote erfüllt und es müssen keine weiteren Personen aufgenommen werden.

Gleichwohl hat die Bezirksregierung Köln in einem Schreiben vom 14.10.2010 darauf hingewiesen, dass seit 2007 eine steigende Zahl von Asylsuchenden festzustellen und künftig mit erhöhten Zuweisungen zu rechnen sei. Hinzu kommen die derzeit instabilen politischen Situationen in Nordafrika...In Gummersbach ist im Rahmen der landesweiten Zuweisungen...mit Aufnahmen zu rechnen. Derzeit stehen etwa 6 Plätze in der städtischen Flüchtlingsunterkunft zur Verfügung. Weitere 4 Plätze könnten – je nach Konstellation der zugewiesenen Personen – kurzfristig geschaffen werden.

Sofern sich die Lage in den nordafrikanischen Ländern wieder ähnlich zügig beruhigt wie in Ägypten, dürften diese Ressourcen ausreichen.

Einige Schlagzeilen aus der Presse der vergangenen Tage

Flüchtlinge sollen in Krankenhaus unterkommen

NRW hat ein neues Flüchtlingsquartier gefunden: Ein ehemaliges Krankenhaus in Neuss soll Platz für 150 Flüchtlinge bieten. Aber nur für etwa ein Jahr - dann muss eine neue Lösung her. *Die Welt: 17.10.2012*

Innenminister wirft Serben Asyl-Missbrauch vor

Der Strom von Asylsuchenden aus Serbien und Montenegro soll gestoppt werden, fordert der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Lorenz Caffier (CDU). Im Gespräch ist eine neue Visumspflicht. *Die Welt: 15.10.2012*

Flüchtlingswelle überrollt NRW-Städte

Immer mehr Asylbewerber kommen nach NRW. In Dortmund und Bielefeld sind die Einrichtungen für Flüchtlinge überfüllt. Jetzt werden Kasernen und Hallen zur Unterbringung bereitgestellt. *Die Welt:* 12.10.2012

Visumfreiheit für Serben soll auf den Prüfstand

Die Anzahl der Asylbewerber aus Serbien und Mazedonien ist heftig angestiegen. Innenminister Friedrich befürchtet Asylmissbrauch, denn die Einwanderung hat offenkundig wirtschaftliche Motive. Die Welt: 12.10.2012

Asylbewerber sollen in Kölner Turnhalle wohnen

Es gibt mehr Asylbewerber als Unterkünfte. Die Anlaufstelle in Dortmund ist überfüllt. Jetzt sollen Asylbewerber in einer Kölner Turnhalle unterkommen. Das ordnete das Land NRW an. *Die Welt:* 11.10.2012

NRW will Flüchtlinge in Krankenhaus unterbringen

Zu viele Flüchtlinge, zu wenig Platz: Nordrhein-Westfalen will ein früheres Krankenhaus in eine Unterkunft für Asylbewerber umwandeln. 500 Menschen aus Syrien, Serbien und Mazedonien sollen da wohnen. Die Welt 10.10.2012

Grüne: Zu wenig Personal für Asylbewerberanträge

Laut der NRW-Grünen-Chefin Dükers bleiben Flüchtlinge zu lange in den Aufnahmestellen, weil die Bearbeitung der Anträge so lange dauere. Der Grund laut Dükers: Stellenabbau an der falschen Stelle. *Die Welt: 03.10.2010*

Dortmund überlegt, Flüchtlingen Hotels zu mieten

Die Flüchtlingsunterkünfte in NRW stoßen an ihre Grenzen. Grund sind Flüchtlingsströme aus Krisenländern wie Syrien und Afghanistan, sagt das Land. Kritiker sprechen von Versäumnissen. Die Welt: 28.08.2012

Allgemeines zur aktuellen Situation und Tendenzen

Ein herausragendes und markantes Kennzeichen für die derzeitige Situation der Flüchtlinge in Deutschland ist der Umstand, dass viele Menschen aus der Balkanregion einen Asylantrag in Deutschland stellen. Hier spiegelt sich die Perspektivlosigkeit vieler Menschen aus diesen Ländern wieder, die entweder mit schlecht bezahlter Arbeit oder in den meisten Fällen sogar ohne Arbeit, sich nicht in der Lage sehen, die Existenz ihrer Familie zu sichern. Randgruppen wie Sinti oder Roma sind hiervon in besonderem Maße betroffen. Diese wirtschaftliche Not wird zu einem hohen Teil kriminell ausgenutzt, indem diesen Menschen z.T. illegale Brücken nach Deutschland gebaut werden oder sie mit falschen Versprechen hierher geschleust werden.

Begünstigend wirken hierbei sowohl die im Rahmen der EU vereinbarten visafreien Reisemöglichkeiten als auch die Erhöhung der Leistungssätze für Asylbegehrende aus. Mit einer rechtlichen Anerkennung als Asylbewerber ist für diesen Personenkreis nicht zu rechnen, da deren wirtschaftlichen Fluchtgründe offensichtlich sind und bzgl. einer Rückführung in die Heimat grundsätzlich auch von einer kooperativen Haltung der Herkunftsländer gegenüber der Bundesrepublik Deutschland ausgegangen wird. Was bleibt sind die unmittelbaren und mittelbaren Kosten und Lasten, die zu tragen sind, zumal nahezu überall in der Vergangenheit ein nicht unerheblicher Abbau der (Arbeits-)ressourcen stattgefunden hat, so dass jede eingebundene Stelle und jeder eingebundene Mitarbeiter einem solchen Aufgabenzuwachs nicht angemessen gerecht werden kann. Es muss zudem aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit davon ausgegangen werden, dass bei Ablehnungen der Asylanträge durch unsere demokratisch legitimierten Rechtsmittel (z.B. Einlegen von Widersprüchen, Stellen von Asylfolgeanträgen) der Aufenthalt dieser Menschen in Deutschland z.T. sehr lange andauern kann.

Demgegenüber fallen die offenen Krisenherde des Nahen Ostens und in deren Folge der Zustrom an Asylbegehrenden viel weniger ins Gewicht. Das mag z.T. auch daran liegen, dass andere Länder, z.B. die Türkei, den riesigen Flüchtlingsstrom an z.Zt. flüchtenden Syrern vor Ort kompensieren. "Mehr als 250.000 (Menschen) sind laut Angaben des UNHCR

auf der Flucht vor dem Bürgerkrieg in Syrien. Täglich fliehen mehrere Hundert Menschen in die Nachbarländer Türkei, Libanon, Jordanien und Irak. Nach Angaben der UNO sind drei Viertel der Flüchtlinge Frauen und Kinder. Um den Menschen sofort in der Krisenregion zu helfen, stellt(e) Deutschland laut Angaben des Auswärtigen Amts 23 Millionen Euro bereit. Mit einem großen Teil des Geldes...(wurden) Soforthilfemaßnahmen bezahlt, also Nahrung, Zelte und Medikamente. Deutschland finanziert zum Beispiel eine Wasserversorgungsanlage im größten jordanischen Flüchtlingslager, in dem 80.000 Menschen leben. Mit den finanziellen Hilfen aus Deutschland werden zudem Aufbauprojekte in Syrien, dem Irak, dem Libanon und Jordanien bezahlt."



Hauptaufnahmeländer für Flüchtlinge aus Syrien

Text- und Bildquelle: www.heute.de

Derzeit ist der syrische Staat bemüht, seine flüchtenden Menschen im Land zu halten. Das dies nicht mehr überall funktioniert wird Tag für Tag immer mehr offensichtlich. Es muss abgewartet werden, ob nach einem etwaigen Fall des Regimes sich die Zahl der Flüchtenden noch weiter erhöhen wird und welche Zielländer hierbei angestrebt werden. Da in Deutschland nicht wenige Exilsyrer leben, wird für viele Flüchtlinge aus Syrien das Zielland Deutschland nicht unattraktiv sein.

Unerwähnt darf an dieser Stelle nicht bleiben, dass es z.Zt. noch einige weltpolitische Krisenregionen gibt in denen schwelende bzw. latente Konflikte noch nicht ausgebrochen sind, aber deren Stabilität alles andere als gesichert ist. Beispielhaft hierfür stehen die Länder: Afghanistan, Pakistan, Libanon, sämtliche Kurdengebiete, Iran, Israel, Russische Föderation, Mali und andere afrikanische Staaten mit wirtschaftlichem und/oder politischem Krisenpotential.

Zahlen zur aktuellen Situation und Tendenzen

Siehe hierzu den Bericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Ausgabe September 2012 (s.Anlage)

Übersicht und Entwicklungen bei den Zuweisungen in Gummersbach im Zeitraum: Januar 2010 bis Oktober 2012

Übersicht und Zahlen aus dem Jahr 2010

Zugewieser	ch 2010	
AM	(Alleinstehende Männer)	7 Personen
AF	(Alleinstehende Frauen)	1 Person
EhP	(Ehepaar)	4 Personen (2x)
AEM+1 (Alleinerziehende Mütter mit 1 Kind)		4 Personen (2x)
EL+1 (Elternpaar mit 1 Kind)		3 Personen (1x)
	Summe insgesamt:	19 Personen

Herkunft und Zuweisungsfrequenz von Flüchtlingen nach Gummersbach				
Herkunftsländer	Zuweisungsfrequen der zugewiesenen F	Absolut		
	1.	2.	3.	
Iran	1	2	3	6 Personen
Afghanistan	1	1	1	3 Personen
Ägypten	2			2 Personen
Vietnam	2			2 Personen
Albanien	2			2 Personen
Aserbadjan	1			1 Person
China (Tibet)	1			1 Person
Pakistan	1			1 Person
Marokko	1			1 Person
			Summe insgesamt:	19 Personen

Übersicht und Zahlen aus dem Jahr 2011

Zugewie	sene Flüchtlinge zur Stadt Gummers	bach 2011
AM	(Alleinstehende Männer)	3 Personen
AF	(Alleinstehende Frauen)	2 Personen
AEM+1 (Alleinerziehende Mütter mit 1 Kind)		2 Personen (1x)
EL+1	(Elternpaar mit 1 Kind)	9 Personen (3x)
Ki	(Kinder, hier geboren)	1 Person
	Summe insgesa	mt: 17 Personen

Herkunft und Zuweisungsfrequenz von Flüchtlingen nach Gummersbach 2011			
Herkunftsländer	Zuweisungsfrequenz und Anzah der zugewiesenen Personen	Absolut	
	1.	2.	
Aserbadjan	3	3	6 Personen

Iran	3	1	4 Personen
Ghana	2	1	3 Personen
Albanien	1		1 Person
Guinea	1		1 Person
Pakistan	1		1 Person
Georgien	1		1 Person
		Summe insgesamt:	17 Personen

Übersicht und Zahlen aus dem Jahr 2012*

*Es wurden die vorliegenden Daten berücksichtigt bis einschließlich Oktober 2012

Zugewiesene Flüchtlinge zur Stadt Gummersbach 2012 (Stand: 02.11.2012)			
AM	(Alleinstehende Männer)	9 Personen	
AF	(Alleinstehende Frauen)	4 Personen	
EhP	(Ehepaar)	4 Personen (2x)	
AEM+1 (Alleinerziehende Mütter mit 1 Kind)		8 Personen (4x)	
AEM+2 (Alleinerziehende Mütter mit 2 Kindern)		6 Personen (3x)	
EL+1	(Elternpaar mit 1 Kind)	3 Personen (1x)	
EL+2	(Elternpaar mit 2 Kindern)	4 Personen (1x)	
Ki	(Kinder, hier geboren)	2 Personen	
	Summe insge	esamt: 40 Personen	

Herkunftsländer	Zuweisungsfrequenz von Flüchtlingen nach Gumme Zuweisungsfrequenz und Anzahl der zugewiesenen Personen				Absolut	
	1.	2.	3.	4.	5.	
Syrien	2	1	1	1	3	8 Personen
Mazedonien	2	4				6 Personen
Armenien	1	2				3 Personen
Bosnien-Herz.	3					3 Personen
Nigeria	3					3 Personen
Pakistan	3					3 Personen
Libanon	1	1				2 Personen
Ghana	1	1				2 Personen
Iran	2					2 Personen
Rep. Kongo	2					2 Personen
Guinea	1					1 Person
Georgien	1					1 Person
Aserbadjan	1					1 Person
Algerien	1					1 Person
Marokko	1					1 Person
Indien	1					1 Person
	·			Summe	insgesam	t: 40 Personen

Zur aktuellen Unterkunftssituation der Flüchtlinge in Gummersbach

In den zurückliegenden Jahren hat die Stadt Gummersbach ihre Unterbringungskapazitäten zur Unterbringung von Flüchtlingen unter besonderer Berücksichtung unserer Haushaltslage dem tatsächlichen Bedarf angepasst. Das hat dazu geführt, dass aktuell lediglich nur noch eine Unterbringungseinrichtung (Am Fahrlöh), die städtisches Eigentum ist, vorwiegend zur Unterbringung von alleinstehenden Männern genutzt wird. In den Jahren 2010-2011 lag die Auslastungsquote dieser Unterkunft durchschnittlich zwischen 80% und 100%. Familien mit Kindern, Ehepaare und anderen geeigneten Personen wird bei vorliegen der entsprechenden Integrationsvoraussetzungen die Anmietung einer angemessenen Privatwohnung zugestanden.

Aufgrund der außerordentlich hohen Steigerung von Neuzuweisungen in 2012 (Steigerungszuwachs zwischen 2011 und 2012 = + 235 %!) liegt die Auslastung aktuell bei + 189 %. Weil eine angemessene Unterbringung hier nicht mehr möglich ist, wurden im Hotel "Würdener Hof" vorübergehende Ersatzunterbringungen vorgenommen. Aktuell leben dort derzeit 14 Personen.

Da eine Unterbringung im Hotel weder mittelfristig oder gar dauerhaft sinnvoll und darüber hinaus regelmäßig kostenintensiv ist sowie den Menschen dort weder eigene Kühl- noch Kochgelegenheiten zur Verfügung stehen, wurde in Zusammenarbeit mit dem FB 6 (Liegenschaft) die Anmietung von leer stehenden Wohnungen vereinbart, um Flüchtlinge in Form von Wohngemeinschaften (vor allem für Frauen/Familien mit Kindern) wohnen zu lassen. Um die vorübergehende Unterbringung im Hotel auf ein Mindestmaß zu reduzieren und die Überbelegung in der Unterkunft "Am Fahrlöh" zu beenden, werden zunächst sechs Wohnungen angemietet, die sich dezentral über Gummersbach verteilen. Aufgrund der hohen Zuweisungsfrequenz muss jedoch immer wieder mit Zwischenlösungen (= Hotelunterbringung) gearbeitet werden, so dass sich der FB 10.4 zusätzlich mit den verschiedensten Möglichkeiten zur Eröffnung einer überschaubaren Gemeinschaftsunterkunft beschäftigt. Nach Angaben der Bezirksregierung wird auch kurzund mittelfristig mit weiteren steigenden Zuweisungn zu rechnen sein, so dass nach Einschätzung des FB 10.4 für die Errichtung einer zweiten Gemeinschaftsunterkunft die Erforderlichkeit besteht. Die verschiedenen Ebenen der Verwaltung sind in diesen Prozess eingebunden und werden regelmäßig über die Bedarfe und Entwicklungen auf dem laufenden gehalten.

Besondere Herausforderungen und Problemlagen für die Kommunale Integrationsarbeit bzgl. hier lebender EU-Ausländer

Nach dem Beitritt der acht neuen EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien und Ungarn hatte Deutschland ab 2004 von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, den Zugang zum Arbeitsmarkt für eine Übergangsfrist von bis zu sieben Jahren zu beschränken. Seit dem 1. Mai 2011 wurde der deutsche Arbeitsmarkt vollständig für Bürger aus den acht mittel- und osteuropäischen Staaten geöffnet.

Neben den benötigten Fachkräften aus diesen Ländern kommen im Rahmen Visafreiheit und Freizügigkeit zunehmend jedoch auch Menschen aus diesen Ländern zu uns, die oft in ihrer Heimat keine gute Arbeit oder z.T. auch gar keine Arbeit gefunden haben. Wenn diese Menschen hierher kommen und keinen Arbeitsplatz und -vertrag in Deutschland nachweisen können, dann erhalten Sie auch keine (ergänzenden) Sozialleistungen. Diese Menschen sind dann quasi gezwungen, sich hier mittellos und gestrandet irgendwie durchzuschlagen. Schlagworte, die die hier entstehenden sozialen Problemlagen kennzeichnen sind: Obdachlosigkeit, Kinderarmut, Mietnomadentum, Alkohol-/Suchtmittelmissbrauch, Kriminalität, geringe Integrationsfähigkeit, schulische Integrationsprobleme etc.

Im Sachgebiet der Kommunalen Integrationsarbeit wurde die Tendenz festgestellt,dass die Anzahl dieser Zuwanderer stetig steigt. Vor allem Familien reisen ein, wo die Eltern und die Kinder in der Regel kein Deutsch sprechen und verstehen können. Während die Männer dann im Idealfall meist eine Beschäftigung mit geringem Verdienst haben bleiben die Frauen zu hause und die Kinder gehen in der Schule. Die Schulen selbst können es in der Regel nicht leisten diese Schüler angemessen u beschulen, so dass diese dem Unterricht folgen können. Aus diesem Grund wurde in Zusammenarbeit mit dem Schulverwaltungsamt eine Anfrage an die Gummersbach Schulen gerichtet mit der Bitte um Nennung all der Schüler, die ohne deutsche Sprachkenntnisse zugewandert sind. Für bis auf zwei Schulen liegen bislang die Rückmeldungen vor aus denen hervorgeht, dass hier 50 Kinder benannt wurden. Weil auch intern diese hohe Zahl sehr erstaunt hat und zwei Schulmeldungen in dieser Zahl noch nicht berücksichtigt sind, werden z.Zt. die gemeldeten Kinder überprüft und das genauere Ergebnis zu einem späteren Zeitpunkt feststehen. Schon jetzt zeigt sich jedoch, dass wir es bei den hier anwachsenden Problemlagen sich nicht um Einzelfälle handelt.

Künftige Handlungsanforderungen der Kommunalen Integrationsarbeit lassen jetzt schon erkennen, dass die derzeitigen Migranten sich hier keine dauerhaft gesicherte Existenz, unabhängig von sozialen Transferleistungen (z.B. Harz IV, GruSi, Wohngeld) aufbauen können. In der Folge davon fehlen den Menschen (materielle und menschliche) Ressourcen für eine erfolgreiche Integration, die später nicht mehr nachgeholt werden kann. Die Erfahrungen der Vergangenheit sowie auch die damals fehlenden abgestimmten Integrationsanstrengungen (auf allen Seiten) zeigen heute mehr als deutlich, welche Fehler gemacht wurden.

Die Kommunale Integrationsarbeit der Stadt Gummersbach stellt sich diesen Herausforderungen mit dem vorhanden Personal in kleinen Schritten und erfolgreich. Die Zeichen der Zeit und die demografische Entwicklung zeigen uns die vor uns liegenden Herausforderungen täglich. Inwieweit auch die personelle Situation im Sachgebiet der Kommunalen Integrationsarbeit unter Berücksichtigung des allgemeinen Zuwachs an Verantwortlichkeit und im speziellen bzgl. des enormen Zustroms an Flüchtlingen gewachsen sein kann, muss sich in Zukunft zeigen.